

Versteckspiel um die Einwanderung aus EU

GASTBEITRAG VON PHILIPP MÜLLER*



DIE NACHRICHT: Die Arbeitslosigkeit steigt ständig, gleichzeitig hält die Einwanderung von Arbeitskräften aus der Europäischen Union (EU) an. Die Folge: Christoph Blocher und seine SVP prüfen eine Volksinitiative, um die Personenfreizügigkeit mit der EU neu auszuhandeln. FDP-Nationalrat Philipp Müller fordert nun mehr Transparenz von der Regierung.

DER KOMMENTAR: Verschärft die Personenfreizügigkeit die Arbeitslosigkeit in der Schweiz? «Nein», tönt es aus dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) als Antwort auf diese Frage. Erhöht die Freizügigkeit die Sockelarbeitslosigkeit? Der Seco-Ökonom: «Das ist eine Vermutung, für die es keine Beweise gibt.» Auch die Konjunkturforschungsstelle der ETH geizt nicht mit klaren Aussagen: «Die Arbeitslosigkeit der Schweizer Bürger ist durch die Personenfreizügigkeit nicht tangiert, während die Arbeitslosigkeit der Ausländer durch das Freizügigkeitsabkommen sogar ein wenig gesunken ist.» Der Experte der Uni Basel schliesst sich diesem Tenor an und findet keine Anzeichen dafür, dass die Freizügigkeit zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Schweiz geführt hat.

Klare Vorstellungen und ebenso klare Antworten auf heikle Fragen. Probleme sind keine in Sicht, auch wenn das Seco im gleichen Atemzug für 2010 mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf durchschnittlich 5,2 Prozent rechnet. Missliebige Töne in diese Harmonie bringt einzig der frühere Preisüberwacher und Ökonom Rudolf Strahm (SP), der überzeugt ist, dass die Personenfreizügigkeit zu einer höheren Sockel-Arbeitslosigkeit führt.

Nun stellt sich die Frage, auf welcher Faktenlage denn all diese Aussagen beruhen. Eine genaue Analyse der Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf die Arbeitslosigkeit ist wichtig, wenn die Akzeptanz dieses Abkommens mit den EU- und Efta-Staaten erhalten bleiben soll. In diesem Zusammenhang spielt die anhaltende Einwanderung von Arbeitskräften über diesen Bereich eine zentrale Rolle.

Dazu gehören Angaben über die Arbeitslosenquote von in der Schweiz lebenden Ausländern, die über das Freizügigkeitsabkommen in die Schweiz gekommen sind. Eine entsprechende Anfrage dazu ist jedoch vom Seco lapidar wie folgt beantwortet worden: «Das Amt kann keine statistischen Unterlagen zur Arbeitslosenquote bei Ausländerinnen und Ausländern aus EU-/Efta-Staaten zur Verfügung stellen.» Erstaunlich, dass klare Aussagen ohne Fakten Grundlagen möglich sind.

Ebenfalls zu einer solchen Analyse gehört auch die Kenntnis über die Zahl der einwandernden Arbeitskräfte aus jenen EU- und Efta-Staaten, bei denen seit dem 1. Juni 2007 die Kontingentsbeschränkungen weggefallen sind. Eine an das Bundesamt für Migration gerichtete Anfrage über die monatlich ausgestellten Bewilligungen für solche Erwerbstätige wurde negativ beantwortet. Begründung:

Diese Zahlen seien nur für internen Gebrauch bestimmt. Behauptungen also, gestützt auf Zahlen, die unter dem Deckel gehalten werden?

«Die Zahl der nach wie vor einwandernden Arbeitskräfte wird uns verschwiegen.»

Im gleichen Zusammenhang ist von Interesse, inwiefern die im Freizügigkeitsabkommen vereinbarten Sanktionsmassnahmen genutzt werden.

Möglich wäre beispielsweise, dass die Aufenthaltsdauer von arbeitslosen EU-/Efta-Ausländern bei der Erneuerung der Bewilligung gekürzt wird. Eine entsprechende Anfrage beim Bundesamt für Migration hat ergeben, dass diesbezüglich keine Statistik geführt werde. Wozu haben wir verhandelt, wenn wir nicht einmal wissen, ob wir die uns vertraglich zugesagten Rechte überhaupt nutzen?

Wir erfassen die Arbeitslosen, aufgeteilt nach Altersklassen, nach Berufsgruppen, nach Wirtschaftszweigen, nach Kantonen, nach Regionen, nach Geschlecht, nach der zuletzt ausgeübten Funktion usw. Aber über die die simple Arbeitslosenquote von Personen, die über das Freizügigkeitsabkommen gekommen sind, herrscht Unklarheit. Die Zahl der nach wie vor einwandernden Arbeitskräfte wird uns verschwiegen. Wir haben zu glauben, was uns die «Experten» erklären: «Es ist alles im grünen Bereich, die Einwanderung geht zurück, die Arbeitslosigkeit steigt – warum, ist eine Glaubensfrage.»

* Philipp Müller ist Aargauer FDP-Nationalrat.